

Eine neue Regierung ausgerufen.

Kapp Reichskanzler, v. Wittich Reichswehrminister.

Die alte Regierung hat Berlin verlassen, aber ihre Kemter nicht niedergelegt.

Ein Aufruf der sozialdemokratischen Partei.

Ein Erlaß der neuen Regierung.

Berlin, 13. März. Die bisherige Regierung hat angedeutet zu sein. Die gesamte Staatsgewalt ist auf den mitunterzeichneten Generallandwirtschaftsminister Kapp aus Königsberg i. Pr. als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident übertragen. Zum militärischen Oberbefehlshaber, gleichzeitig als Reichswehrminister wird vom Reichskanzler der General der Infanterie Freiherr von Wittich berufen. Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat wird gebildet.

Freiherr von Wittich, General d. Inf. Kapp, Generallandwirtschaftsminister.

Die Nationalversammlung und preußische Landesversammlung auferlegt.

Berlin, 13. März. Das Mandat der Nationalversammlung zum Erlaß einer Verfassung und zum Abschluß des Friedens ist erloschen. Es fehlt ihr jedes moralische Recht zur weiteren Tagung. Der Versuch, die Wahlen hinauszuschieben und dadurch ihr Mandat eigenmächtig zu verlängern, widerspricht dem Volkswillen. Die eben beschlossene Verfassung wird vollständig von ihr wie ein feiges Papier behandelt. Schon will die Mehrheit die Wahl des Reichspräsidenten nicht durch die Beibehaltung des Volkes, sondern durch das Parlament vornehmen. Die Nationalversammlung wird hiermit aufgelöst. Sobald die innere Ordnung wieder hergestellt ist, werden ordentliche verfassungsmäßige Zustände zurücktreten und Neuwahlen ausgeschrieben.

Berlin. Die preußische Landesversammlung wird in Anbetracht der veränderten politischen Lage aufgelöst. Der preußische Ministerpräsident Kapp.

Ein abgelehntes Ultimatum.

Berlin, 13. März. Der Berliner Volksanzeiger meldet: Die Regierung habe ein von der Marine-Brigade Ehrhardt gestelltes Ultimatum, das früh 7 Uhr abließ, abgelehnt und Berlin ohne ihre Kemter niedergehen in Automobilen verlassen. Die Brigade Ehrhardt sei ohne Widerstand zu finden mit schwarz-weiß-roten Fahnen in Berlin eingerückt und habe das Regierungsquartier in weitem Kreise streng abgeriegelt.

Berlin, 13. März. Die in Döberitz garnisonierende Marinebrigade ist heute nacht gegen die Regierung nach Berlin marschiert. In der 10. Abendstunde ließ die Regierung

Friedensverträge nicht unterzeichneten, haben jetzt dem Generalkanzler des Völkerbundes ihren Beitritt zum Völkerbunde mitgeteilt.

Ein russischer Botschafter für Berlin. Auf einer Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion, die sich mit der auswärtigen Politik beschäftigte, wurde betont, daß deutschseits die Bereitwilligkeit bestehe, der Kreditierung eines russischen Botschafters nichts in den Weg zu legen.

Die Abstimmung in Schleswig. In Flensburg wurden vorgestern vor der Abstimmung die letzten großen deutschen Verammlungen abgehalten, die sich zu machtvollen Kundgebungen für das Deutschtum gestalteten. Da in Flensburg auch zahlreiche Stimmerechtigkeits aus Dänemark eintreffen, wollen die hiesigen Reichstagsleute mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte vom 13. bis 16. d. M. schliefen, weil zu befürchten ist, daß die dänischen Wähler in Ausnutzung des Weltaunterschiedes sich derart mit deutschen Waren eindecken, daß die Flensburger Allgemeinheit geschädigt werden würde. Gestern nachmittag traf das erste dänische Schiff mit Stimmerechtigten aus Dänemark im Flensburger Hafen ein.

Belgien.

Ein Scheitern. Dasas-Neuter erzählt aus guter Quelle, daß die belgisch-holländische Delegation den Entwurf des Scheiterns in den nächsten Tagen ablehnen wird. Das Abkommen behandelt die Schiffahrtfrage auf der Schelde und wird voraussichtlich eine Klausel enthalten, die die vollständig freie Durchfahrt aller Schiffe mit Ausnahme der Kriegsschiffe auf der westlichen Schelde festsetzt, und zwar vom hohen Meer bis Antwerpen sowohl für Kriegs- wie für Friedenszeit.

Frankreich.

Wiederannahme der Beziehungen zum Vatikan. Die Regierung brachte in der Kammer am Schluß der vorgestrigen Sitzung einen Gesetzentwurf über die Wiederherstellung der Beziehungen zum Vatikan ein.

Erregung gegen Wilson. In der letzten Zeit hat kaum etwas die französische Presse so erregt, wie die Erklärung des Präsidenten Wilson, in Frankreich herrsche der Imperialismus, die militärische Partei. Es gibt kein Wort, das sich nicht mit dieser Neuerung beschäftigt. Am schärfsten schreibt Vertinax im „Echo de Paris“. Er veröffentlicht einen Bericht des amerikanischen Delegierten Hayes bei der Interalliierten-Arbeits-Kommission, in dem dieser sagt, man werde eine unendliche Unterdrückung von sieben Millionen Menschen für lange Jahre vor. Es sei nicht möglich, in Friedenszeiten Dauerquartiere einer selbstigen Armee in einem Land zu erhalten, das man beherbergen, und wenn man Truppen bei Einwohnern unterbringe, dann läge man das, daß der schließlich zu einer Katastrophe führen müsse. Vertinax glaubt, daß dieser Brief die Rheinlande veranlaßt habe, Wilson könne also nicht behaupten, daß sich im Rheinlande französischer Imperialismus zeige. Vertinax verwahrt sich ferner sehr energisch gegen die Neuerung, die besonders Marschall Foch treibe, und die er als Demagogie bezeichnet. Er nennt Wilson einen kranken Mann, der jedenfalls das bestimmte Gefühl für seine Pflichten verloren habe. Frankreich müsse sich direkt an das amerikanische Volk wenden, das niemals versagt habe. Wilson habe sich gegen eine zeitlich nicht begrenzte Besetzung der Rheinlande ausgesprochen, dagegen einen militärischen Schutzvertrag vorgeschlagen. Die französische Besetzung sei zeitlich begrenzt worden, aber was sei aus dem Schutzvertrag geworden? — Wie der Washingtoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ mittelt, verlanter, daß Frankreich bei dem Staatsdepartement gegen die Erklärungen des Präsidenten Wilson in bezug auf Frankreich protestiert habe.

England.

Das Lebensmittelamt wird beibehalten. „Telegraph“ meldet aus London, Lloyd George erklärte im Unterhause, die Regierung werde das Lebensmittelamt vorläufig beibehalten. Ein Plan der Marconi-Gesellschaft. Wie die englischen Wäiter melden, hat die Marconi-Gesellschaft einen Plan drahtloser Verbindungen im gesamten britischen Reich mit 300 Stationen entworfen. Nach 30 Jahren sollen die Stationen der britischen Regierung kostenlos zur Verfügung stehen.

Der Generalsekretär des Landwirtschaftsministeriums Dr. Schöne führte aus, daß die Kartoffel ein Schuldschein dafür sei, wie man es im Kriege nicht hätte machen dürfen. Deutschland, als das kartoffelreichste Land der Erde sei durch die Zwangswirtschaft heute sowohl gekommen, daß an keinem Ernährungsmittel solcher Mangel herrsche, als an der Kartoffel. Schuld an diesem Zustand trüge vor allem die verfehlte Preispolitik und die schweren Eingriffe in die Kartoffelwirtschaft. In Zukunft solle es auf dem Gebiet der Preisbildung anders werden. Man beabsichtige dem Handel wieder einzuschalten. Vorbildlich sei die Provinz Sachsen, wo man Vertragspreise festgesetzt habe, die einen Erzeugerpreis von 40 Mk. ermöglichten. Nach dem Vortrage von Dr. Stürmer, Zittin, über die Förderung des Kartoffelbaues, die der Vortragende vor allem beim großbäuerlichen Besitz für möglich hielt, fand eine angeregte Aussprache statt, in der unter anderem auch zum Ausdruck gebracht wurde, daß verschiedene Landwirtschaftsverbände in Sachsen über einstimmend den Wunsch hegten, jedes Jahr eine lässliche „Landwirtschaftliche Woche“ zu veranstalten, wie dies bisher jedes Jahr in Berlin der Fall war.

Keine Rabberwilligung von Beschaffungsbefehlen. Bei den Behörden gehen noch immer Gesuche von Angestellten ein, die, unter Anführung besonderer Gründe um die nachträgliche Bewilligung von Beschaffungsbefehlen bitten, obwohl bei ihnen die von der Regierung und von der Volkstammer gegebenen Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Auch der Volkstammer sind zahlreiche Petitionen in dieser Angelegenheit zugegangen, weshalb sich am Donnerstag der Finanzausschuß A mit ihr beschäftigte. Die anwesenden Regierungsvertreter erklärten, daß unmöglich der Kreis der zum Besitze der Beschaffungsbefehle Berechtigten noch weiter gezogen werden könne, und daß aus grundsätzlicher Erwägung heraus die vorliegenden Gesuche abgelehnt werden müßten. Die Mehrheit der Ausschussmitglieder erklärte sich mit diesem Standpunkt der Regierungsvertreter einverstanden.

Statt Belagerungszustand Ausnahmezustand. In der Frage des Belagerungszustandes hat sich, wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, ein gewisser Uebelstand dadurch herausgestellt, daß unter der Leitung des Wehrkreises IV zwei Gebiete mit verschiedenen Rechtsverhältnissen liegen, und zwar in Sachsen der Belagerungszustand auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1851, im übrigen Teile des Wehrkreises der Ausnahmezustand auf Grund des Art. 48 der neuen Reichsverfassung. Um diese Ungleichheit zu beseitigen, hat die lässliche Regierung den Reichspräsidenten ersucht, namentlich auch für das Gebiet des Wehrkreises Sachsen die alte Form des Belagerungszustandes durch die neue Form des Ausnahmezustandes zu ersetzen. Eine lässliche Bedeutung kommt der Veränderung nur insofern zu, als größere Rechtsgarantien dadurch gegeben werden, daß Beschränkungen der verfassungsmäßigen Freiheit nur mit Zustimmung eines von der Reichsregierung zu ernennenden Zivilkommissars rechtskräftig erlassen werden können. Es ist anzunehmen, daß eine entsprechende Verordnung des Reichspräsidenten in den nächsten Tagen erfolgen wird.

Eine originale Schenkung aus Amerika hat die Landgemeinde Seitzendorf erhalten und angenommen. Die Schenkung, die zugleich ein rührender Beweis von Liebe zur deutschen Heimat ist, wurde von einem ehemaligen Seitzendorfer, namens Beramann gemacht, der arm vor Jahren nach Amerika ausgewandert und dort zu Vermögen gekommen ist. Beramann hat nun seinem Geburtsort 30.000 Mk. überwiesen unter der Bedingung, daß dafür ein Bauerntum gekauft wird. Er wünscht, daß dieses Gut schicklicherweise an arme Leute im Dorfe verpachtet wird. Die Hinfür für das Kapital sollen dem Spender zu und nach dessen Tode der Gemeinde.

Die Galtigkeit der fixen Wochentage. Die kürzlich in der Volkstammer über den Antrag Dr. Weinhold auf Aufhebung der fixen Wochentage vorgenommenen Abstimmungen hat, da zwei einander widersprechende Beschlüsse gefaßt wurden, zu erheblichen Unklarheiten geführt, so daß jetzt allgemein die Frage erörtert wird, wie in Zukunft die Wochentage behördlich gehandhabt werden. Von sachverständiger Seite wird folgende Aufstellung mitgeteilt: Zunächst bleibt der Karfreitag als Feiertag im früheren Umfang bestehen. Erste Theateraufführungen und Konzertaufführungen sind, wie schon im Vorjahre, ausfallen. Ueber den Fortfall des Hohnemannstages und des Frühjahrsfestes ist ein Gesetz in Vorbereitung. Der Fortfall des Karfreitags, des Himmelfahrtstages, des Informationsfestes und des Herbstfestes kann erst vorgenommen werden, wenn durch Reichsgesetz den Arbeitern eine 6-tägige Ferienzeit jährlich ausgeschrieben wird.

Größe. Öffentliche Sitzung des Gemeinderates findet am Montag, den 15. März, nachmittags 7 Uhr im Sitzungssaal in der Zentralschule statt. Beratungsgegenstände: 1. Mitteilungen über die Verhandlungen mit den Industrie-Unternehmungen über die Erbauung von Kleinwohnungen. 2. Beschlußfassung über Eingebung der Ein-fahrt nach dem Palen neben Zimmers Grundstück. 3. Beratung des 6. Nachtrages zur Sparsassen-Ordnung. 4. Besetzung von Kommunalfreidbriefen. 5. Mitteilung des Gemeinderates Weida, Ausschreiben der Gemeinden Merzdorf und Hochra aus dem Gebannungsverband. 6. Mitteilung über die Genehmigung des Nachtrags zur Wasserwerks-Ordnung. 7. Antrag auf Gewährung einer Zuzuschußvergütung. 8. Mitteilungen und Anfragen. Berichterstatter: zu 1 und 2 Herr Ortsbauweiser Langner, zu 3 und 4 Herr Lämmel, zu 5 Herr Vorstands, zu 6 Herr Gemeindegast Schmidt, zu 7 Herr Dorn. Hierauf tritt öffentliche Sitzung.

Größe. In der Nacht zum Mittwoch ist aus dem hiesigen Landammernwerk für mehrere tausend Mark Bunt gestohlen worden. Das Metall ist vermutlich mit einem Wagen weggebracht worden. Nach den Dieben, die jedenfalls mit den Verhältnissen vertraut sind, wird gefahndet. Großenhain. In der Nacht zum 8. März wurden im benachbarten Stroga vier hochtragende Fiegen im Werte von 1200 Mk., die drei Hofsarbeiter gehörten, gestohlen. Die Tiere wurden in einer in der Nähe liegenden Sandgrube abgeschlachtet und ausgeweidet. Den Tätern ist man auf der Spur.

Leipzig. Nach vorangegangener Teilkreis befanden sich gestern 2000 Holzarbeiter im Ausstand. Der Streik hat seine Ursache in Streitigkeiten betreffs der Entlohnung.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Gefangenen Austausch mit Sowjetrußland. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Ueber die ausschließlich durch die Reichszentralstelle über den gegenseitigen Austausch der Gefangenen geführten Verhandlungen mit den hiesigen Bevollmächtigten Vertretern der Sowjetregierung werden gesittlich unrichtige Mitteilungen verbreitet. Die Verhandlungen nehmen einen glatten Verlauf, lediglich die technische Durchführung des Abtransportes bereitet noch Schwierigkeiten. Es wird erneut ersucht, nur amtlichen Nachrichten Glauben zu schenken.

Neue indirekte Steuern. Wie der „Berl. Vol. Anz.“ meldet, sollen im Laufe des Sommers der Nationalversammlung neue Vorlagen über indirekte Steuern zugehen.

Beitritt zum Völkerbunde. Carnarvon meldet durch

das Brandenburgische Tor, die Regierungsaebäude, die Reichsbank und Reichsdruckerei, sowie die Hauptkaserne durch Regierungstruppen mit Geschützen und Maschinengewehren besetzt. Die im Anmarsch befindliche Brigade Ehrhardt in Stärke von 5000 Mann stellte an die Regierung ein Ultimatum. Da die Regierung nur 3000 Mann Garnisonstruppen und nicht höher in der Hand hatte, verweigerte sie unnötiges Blutvergießen. Die Regierungsveteräre haben heute früh 1/8 Uhr Berlin verlassen. Wie verlautet, soll der Generalkriegsminister erklärt werden.

Berlin, 13. März. Die von der Marinebrigade gestellten Forderungen lauten: Erlaß der Militärdiktatur durch das Reichsministerium, Wiedererhebung des Generals von Wittich in seine Kommandobefugnisse und Amnestie für alle in der Angelegenheit verurteilten Verurteilten, wie Hauptmann Bock u. a. Von einem Rücktritt Obersts als Reichspräsident war keine Rede.

Aufruf zum Generalkrieg!

Berlin, 13. März. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hat heute folgenden Aufruf erlassen: Arbeiter, Genossen! Der Militarismus ist da. Die Marinebrigade Ehrhardt marschiert auf Berlin, um eine Umgestaltung der Reichsregierung zu erzwingen. Die Landsturmtruppe, die sich vor der erfolglosen Aufhebung fürchten, stoßen Reaktionäre auf den Ministerposten bringen. Wir weigern uns, diesem militärischen Zwange uns zu beugen, wir haben die Revolution nicht gemacht, um das blutige Landrechtregiment heute wieder anzuerkennen. Wir patieren nicht mit den Vorkämpfern der Reaktion, Arbeiter, Genossen! Wir mühen uns vor Euch schämen, wenn wir anders handeln würden. Wir sagen „Nein“ und wieder „Nein“. Ihr müht und bestrebt, wir haben in Eurem Sinne gehandelt. Wendet jedes Mittel an, um eine Wende der blutigen Reaktion zu verhindern!!! Streikt! Legt die Arbeit nieder! Schließt die Militärdiktatur die Luft ab. Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik. Kauft alle Spaltungen bei Seite. Es gibt nur ein Mittel gegen die Rückkehr Wilhelms II. Kammerung jedes wirtschaftlichen Lebens. Keine Hand darf sich mehr rühren. Kein Proletariat darf der Militärdiktatur helfen. Generalkrieg auf der ganzen Linie. Proletariat, vereinigt Euch!

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung: Ebert, Bauer, Noske, Schiele, Schmidt, David, Müller. Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands: Otto Wels.

Die deutsche Antwort.

Am 10. März hat der deutsche Geschäftsträger in London die Antwort auf das Auslieferungsbegehren vom 2. und 13. Februar überreicht. Es ist anzuerkennen, daß die Note, die wir in der gestrigen Nummer im Auszug wiedergegeben haben, stolz und würdig abgefaßt ist, daß sie zwar die Fortsetzung des Verfahrens weisheit, aber auch keinen Zweifel darüber läßt, daß dies Verfahren in Leipzig mit allen Rechtsicherheiten umgeben sein wird. Das Verlangen der Verbündeten, bestimmte Personen auf Grund der einseitigen Anschulddigung zu verurteilen, ist ein Hohn auf jedes Rechtsempfinden. Gerade wer Sühne für verletztes Recht verlangt, darf diese Sühne nicht durch Rechtsbeugung zu erzwingen suchen. Alle Deutschen, die beschuldigt worden sind, haben diese angeblichen Taten nicht aus verbrecherischer Neigung begangen, sondern diese Taten sind, soweit sie unter Beweis gestellt werden können, Begleiterscheinungen eines jeden Krieges. Oder wollen die Engländer vor sich behaupten, daß sie alle ihre Kriege, nicht nur gegen die Araber, menslich und gestiftet geführt haben? Wer die Auslieferungsliste darauf hin noch einmal durchsieht, der findet nichts, was sich an Unschuldigkeit und Redlichkeit, mit der Entfesselung der Bureaufrauen und Bureaufrüher in solchen Lagern vergleichen ließe. Oder was an berechneter Grausamkeit dem Hungertod gegen die deutschen Frauen und Kinder gleichkäme. Auch Frankreichs Kolonialkriege sind Ausrottungskriege großen Stils gewesen, wofür Madagaskar und Algier zeugen. Wer immer von den angeschuldigten Deutschen sich in Leipzig zu verantworten haben wird, der kann das in der sicheren Erwartung tun, in Leipzig wirksamen und unabhängigen Richtern gegenüber gestellt zu werden. Die angeschuldigten haben das Recht, sich zu verteidigen. Aber diese Verteidigung kann sich nicht nur auf die zur Last gelegten Vergehen beschränken, sie muß Rücksicht nehmen auf die durch die Kriegsmisstände erzeugte rechtliche Verfassung. Wenn der deutsche Geschäftsträger Dr. Maner die Angriffe auf Mitglieder von Entente-Kommissionen damit entschuldigte, daß das deutsche Volk durch die Unterernährung leidet, erregbar geworden sei, so gilt dies auch für die Männer, die im Feldbestand unter Einwirkung ihres Lebens ihre Pflichten taten. Sie standen unter der Einwirkung, daß der Wiederstand die deutschen Frauen und Kinder in der deutschen Heimat durch die Hungerplage abdrohten, ganz abgesehen davon, daß es die Überzeugung des deutschen Volkes und des deutschen Volkes war, daß der Krieg der Vernichtung des Deutschen Reiches galt. Es ist deshalb auch notwendig, daß die Kriegsverbrechen und Misstaten der Gegner im Rahmen der Verteidigung zur Sprache gebracht werden. Was wieder voraussetzt, daß die deutsche Regierung endlich die auf Grund amtlicher Materialien bearbeitete Gegenliste veröffentlicht. Die deutsche Note wehrt die Unabhängigkeit der deutschen Gerichte. Diese haben nunmehr zu entscheiden, ob wirklich erwiesene Kriegsverbrechen Sühne fordern. Daran wird es dann nicht fehlen, aber das ändert nichts daran, daß auch die Kriegsverbrechen der Gegner vor der Öffentlichkeit angeprangert werden. In dieser Hinsicht ist eine Einschränkung des Beweiserfordernisses ohne Rechtsbeugung nicht gut möglich. Und zu einer solchen Beugung geben sich deutsche Richter nicht her. Die deutsche Note verlangt schließlich, daß die Deutschen in die Heimat entlassen werden, die in den besetzten Gebieten unter der Beschuldigung von Kriegsverbrechen verhaftet worden sind. Und im Zusammenhang damit wird auch die Frage der gegenseitigen Amnestierung neuerdings angesprochen, die infolge der Unschuldigkeit des Verbandes im Friedensverträge nicht geregelt werden konnte. Lehnt der Verband auch das jetzt ab, so erschwert er auf der einen Seite die Herstellung geregelter völkerrechtlicher Beziehungen, die er auf der anderen Seite aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen notwendig gebraucht.

Märzaufgaben der Nationalversammlung.

Von einem Parlamentarier wird uns geschrieben: Die Nationalversammlung sieht sich aus Mangel an Beratungsmittel genötigt, eine kurze Pause von einer Woche zu machen. Sie soll am 18. März wieder zusammentreten und dann